

November 2008



Biodiesel aus Palmöl und nachhaltige Produktion in Indonesien – ein Widerspruch in sich?

Christina Schott, Südostasienkorrespondentin weltreporter.net, Jakarta

- Indonesien will seine Palmölproduktion immens ausweiten in der Hoffnung, dass die Quotenregeln von Biokraftstoffen in Industrieländern neue Exportmärkte schaffen.
- Infolge der harschen Kritik von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen fordern viele EU-Staaten allerdings nun eine Zertifizierung von Palmöl, das einen nachhaltigen Anbau bescheinigt.
- Der *Roundtable on Sustainable Palm Oil*, eine Industrie-geführte Initiative, hat in diesem Jahr mit dem Zertifizierungsprozess begonnen. Mehrere EU-Staaten arbeiten an eigenen Systemen.
- Greenpeace fordert ein nationales Moratorium gegen jegliche weitere Zerstörung von Wäldern in Indonesien, das seit Mai von Unilever unterstützt wird, dem größten Palmölkäufer der Welt. Bislang sind dem Aufruf nur einige Provinzgouverneure gefolgt, und das mit Einschränkungen.
- Umweltgruppen kritisieren, dass ein Zertifikat lediglich ein „Greenwashing“ für eine zerstörerische Industrie bedeute und fordern weitergehende Strukturänderungen, wie etwa Investitionen in andere alternative Energien.

Ausweitung der Palmölproduktion in der Hoffnung auf neue Exportmärkte

Es wird ernst: Fossile Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle werden immer knapper – und infolgedessen auch immer teurer. Angesichts der explodierenden Preise hat sich die Diskussion um alternative Energiequellen sehr schnell intensiviert. Die Industrieländer haben in den vergangenen Jahren zunehmend große Hoffnung auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt, die zu Biodiesel oder Bioethanol weiterverarbeitet werden können. Anfang 2007 legte die Europäische Union fest, dass bis zum Jahr 2020 zehn Prozent aller Brennstoffe aus pflanzlichen Rohstoffen bestehen sollten. Die landwirtschaftlichen Flächen in Europa können jedoch nur einen Bruchteil der benötigten Pflanzenöle liefern, der Rest muss daher aus anderen Ländern importiert werden.

Viele Entwicklungsländer haben darin ihre große Chance auf neue Exportmärkte entdeckt. So auch Indonesien, das im vergangenen Jahr Malaysia als größten Palmölproduzenten der Welt abgelöst hat – erst recht nachdem der Palmölpreis sich seit 2006

bis Mitte 2008 beinahe verdoppelt hatte: „Palmöl spielt in Indonesien eine strategische Rolle“, erklärt Mukti Sardjono, der für Plantagen zuständige Generaldirektor im indonesischen Agrarministerium. „Palmöl bringt dem Staat Devisen, es bringt den Bauern Einkünfte, es schafft Arbeitsplätze und es fördert die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen.“

Aus diesen Gründen will die indonesische Regierung die Anbauflächen für die ertragreichste Ölpflanze der Welt weiterhin ausdehnen. Bis zum Jahr 2010 sind offiziell 8,2 Millionen Hektar geplant, inoffiziell ist die Rede gar von 20 Millionen Hektar bis zum Jahr 2025. Das entspricht einer Fläche so groß wie England, die Niederlande und die Schweiz zusammen. Die Hälfte davon soll in Kalimantan entstehen, dem indonesischen Teil der Insel Borneo und einer der letzten Lebensräume für viele bedrohte Tierarten wie den Orang Utan. Obwohl der Großteil des Palmöls in die Lebensmittel- und Kosmetikindustrie fließt, hoffen die meisten Plantagenbetreiber in der Zukunft vor allem auf neue Abnehmer aus der wachsenden Biodieselbranche. Tatsächlich werden

nur etwa vier Prozent der indonesischen Palmölproduktion für Biodiesel verwendet. Dennoch spielt die Biokraftstoffpolitik der Industriestaaten nach Meinung von Experten bei der Preissteigerung von Palmöl eine genauso große Rolle wie die gestiegene Nachfrage nach Speisefetten in Indien und China. „Die Nachfrage nach Biodiesel dient als Entschuldigung dafür, neue Plantagen anzulegen. Die Unternehmen veranstalten ein regelrechtes Wettrennen um Anbauflächen“, sagt Arief Wicaksono, politischer Berater bei Greenpeace Indonesien. „Natürlich ist der neue Markt für Biodiesel ein Grund für die Ausweitung der Palmölproduktion“, gibt auch Mukti Sardjono zu.

Zudem will die indonesische Regierung in Zukunft den ständig wachsenden Energiebedarf im eigenen Land aufstocken. Bislang spielen Biokraftstoffe im Land mit der viertgrößten Bevölkerung der Welt allerdings noch keine große Rolle: Da die Regierung den Preis von fossilen Brennstoffen durch Subventionen künstlich niedrig hält, kann Pflanzensprit bislang nicht mit herkömmlichem Benzin konkurrieren. Die staatliche Ölfirma Pertamina verkauft momentan nur an insgesamt 282 ihrer 4.050 Tankstellen Biokraftstoffe. Und die staatlichen Elektrizitätswerke betreiben neun Kraftwerke mit insgesamt 96 Megawatt Leistung mit pflanzlichen Brennstoffgemischen – das entspricht etwa 0,3 Prozent des nationalen Energieverbrauchs. Das soll sich ändern: Bis 2025 sollen Biokraftstoffe fünf Prozent des Gesamtverbrauchs betragen, Biodiesel soll bis dahin einen Anteil von 20 Prozent am gesamten Dieserverbrauch decken. Bereits ab Oktober diesen Jahres müssen Industrieunternehmen in Indonesien mindestens 2,5 Prozent pflanzliche Treibstoffe bei ihrem Energieverbrauch nachweisen.

Viele EU-Staaten fordern Zertifizierung zur Bescheinigung des nachhaltigen Anbaus

Im laufenden Jahr hat die Branche jedoch einen Dämpfer erhalten. Die Biokraftstoffe – und vor allem Palmöl aus Indonesien – sind in Verruf geraten. Denn die Bilanz des nachwachsenden Ersatzrohstoffes ist nicht so umweltfreundlich wie erhofft: Umweltorganisationen konnten nachweisen, dass für viele Plantagen zuvor Regenwälder abgeholzt wurden. Durch Waldbrände und das Freilegen von Torfböden wird häufig um ein Vielfaches mehr Kohlendioxid freigesetzt als der Biokraftstoff am Ende einspart. Indonesien steht mit seinen Treibhausgasemissionen nach China und den USA weltweit an dritter Stelle, 85 Prozent davon verursacht durch Wald- und Torfbrände. Mehr als eine Million Hektar

Regenwald verschwinden jedes Jahr von dem Archipel, einheimische Völker und bedrohte Tierarten verlieren ihren Lebensraum. Eine Studie der Weltbank vom Juli 2008 zeigt außerdem, dass die Produktion von Biotreibstoffen aus Nahrungspflanzen verantwortlich ist für 75 Prozent der weltweiten Preiserhöhungen für Lebensmittel. Hundert Millionen Menschen seien weltweit infolgedessen von extremer Armut betroffen. Auch in Indonesien sind Grundnahrungsmittel wie Reis, Soja und Zucker im vergangenen Jahr deutlich teurer geworden. Der Preis für Bratöl – für die arme Bevölkerung häufig die wichtigste Fettzufuhr – ist infolge des Palmölbooms um rund 50 Prozent angestiegen.

Anfang September hat der UN-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, daher eine Veränderung der Biotreibstoff-Politik gefordert. Die Europäische Union will noch bis Ende dieses Jahres neue Richtlinien zur Qualität von erneuerbaren Energien und Treibstoffen festlegen, die unter anderem einen Richtwert für den Ausstoß von Kohlendioxid bei Palmöl vorsieht. Palmöl und Ethanol, das auf gerodeten Waldflächen produziert wurde, darf in Zukunft nicht mehr eingeführt werden. Auch müssen die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen – dazu gehören das Recht auf Gewerkschaftsbildung sowie das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. Nachhaltigkeit heißt das neue Zauberwort.

Das indonesische Agrarministerium zweifelt offiziell an, dass die Ausweitung von Palmölplantagen verantwortlich ist für das Abholzen von Regenwäldern und das Aussterben von bedrohten Tierarten wie den Orang Utans. Erst im September reiste Landwirtschaftsminister Anton Apriyantono nach Europa, um bei mehreren EU-Mitgliedsstaaten gegen die neuen Richtlinien zur Einfuhr von Palmöl zu protestieren. In der Tageszeitung *Jakarta Post* äußerte er bei seiner Rückkehr: „Die geplante Regelung ist lediglich dazu da, die Abhängigkeit der EU von Palmöl zu verringern, das sie selbst nicht produzieren kann. Wir werden mit Umweltargumenten angegriffen, während der wahre Grund die Konkurrenz zum Rapsöl ist. Die negativen Berichte der Nichtregierungsorganisationen haben die EU beeinflusst. Wir sollten wählen zwischen dem Interesse von Menschen und dem von Affen: Momentan ernährt die Palmölindustrie mehr als fünf Millionen Menschen.“ Gegen das Argument, dass Palmöl Arbeitsplätze schaffe, wehren sich Umweltgruppen übrigens immer wieder: Traditionell genutzter Produktionswald würde mindestens genauso viele Menschen ernäh-

ren, die durch die Palmölplantagen oft ihre Lebensgrundlage verlieren. Auch seien die Arbeitsbedingungen in den Pflanzungen häufig nicht mit der westlichen Vorstellung von nachhaltigem Anbau vereinbar.

Die Initiative *Roundtable on Sustainable Palm Oil* hat mit dem Zertifizierungsprozess begonnen.

Um diese Nachhaltigkeit zu garantieren, ist allerdings ein komplexes Zertifizierungs- und Kontrollsystem notwendig. Wie schwierig es ist, ein solches System zu etablieren, zeigen die Bemühungen des „Roundtable on Sustainable Palm Oil“ (RSPO). Die Initiative wurde 2002 gemeinsam von Unternehmen und Umweltorganisationen angestoßen, um alle Akteure an einen Tisch zu bekommen: Pflanzler, Hersteller, weiter verarbeitende Industrie, Verbraucher, Investoren, soziale und Umweltgruppen. Zu den Initiatoren gehören unter anderem der britisch-holländische Konzern Unilever und der *World Wide Fund For Nature* (WWF). Gemeinsam wollen die Beteiligten glaubwürdige Standards und Kontrollmechanismen entwickeln, die eine nachhaltige Palmölproduktion garantieren. Unter nachhaltig versteht der RSPO das Abstimmen von wirtschaftlicher Rentabilität mit gesetzlichen Regelungen, sozialen und Umweltfaktoren. Dazu gehören die Erhaltung von Regenwald und Artenvielfalt sowie die Einhaltung von internationalen Arbeitsstandards und Vermeidung von Konflikten mit Einwohnern der Plantagengebiete. 2006 öffnete das indonesische Kontaktbüro des RSPO in Jakarta. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete seitdem eine „nationale Interpretation“ der internationalen Richtlinien des RSPO. Momentan läuft der Zertifizierungsprozess für vier Palmölunternehmen in Indonesien.

Während eine Zertifizierung durch den RSPO auf freiwilliger Basis beruht, wollen mehrere EU-Staaten in Zukunft ein verpflichtendes Zertifikat für nachhaltiges Palmöl einführen. Deutschland, Großbritannien und die Niederlande sind zurzeit dabei, eigene Systeme zu entwickeln. Der TÜV Nord wiederum hat kürzlich als erste deutsche Institution den Zuschlag erhalten, Zertifizierungen für den RSPO durchzuführen. Der TÜV Rheinland wartet noch auf die Zustimmung der Mitglieder.

„Grundsätzlich ist ein nachhaltiger Anbau von Palmöl möglich – wenn dafür nicht noch mehr Wald zerstört wird“, sagt Bustar Maitar von Greenpeace Indonesien. „Die Produktion muss sich auf bereits vorhandene Plantagen konzentrieren und dort ökologisch

und sozial verträgliche Arbeitsbedingungen schaffen. Sobald dafür allerdings erneut Bäume gefällt werden, ist ein Zertifikat unglaubwürdig.“ Nach dem indonesischen Gesetz dürfen nur „ökologisch degradierte“ Flächen und so genannter Konversionswald in Agrarflächen umgewandelt werden. Allerdings obliegt die Genehmigung von Plantagen seit 2007 den Provinzregierungen, die nicht selten nach der Interessenlage möglicher Investoren handeln. Die nötige Zustimmung des Forstministeriums bildet meist kein Hindernis. So werden immer wieder auch Trockengebiete oder Savannen als degradiert eingestuft, denen Einheimische und Umweltorganisationen durchaus einen ökologischen Wert abringen können – oder Produktionswald, in dem eigentlich nur begrenzter Holzeinschlag erlaubt ist, wird zum Konversionswald erklärt, der in Agrarflächen umgewandelt werden darf. Auf diese Weise entstehen manche Palmölplantagen ganz legal auf ehemaligen Waldflächen oder ökologisch wertvollen Gebieten mit hoher Biodiversität. Selbst Mukti Sardjono vom Agrarministerium gibt zu, dass es immer wieder Fälle von „schlechter Regierungsführung“ gebe. Die Ursache liegt nicht selten im unterschiedlichen Verständnis von Nachhaltigkeit: Eine Studie von *Watch Indonesia!* zeigt, dass viele Lokalpolitiker und Plantagenmanager vor Ort das indonesische Wort für nachhaltig (*berkelanjutan*) als „von etwas leben können“ interpretieren.

Nationales Moratorium gegen die Zerstörung der Wälder in Indonesien gefordert

Angesichts dieser nicht immer transparenten Praxis fordert Greenpeace Indonesia ein nationales Moratorium zur Beendigung jeglichen Holzeinschlags, egal welcher Kategorie ein Waldgebiet zugehört. Die ersten Provinzregierungen haben darauf reagiert. Aceh im Norden Sumatras hat einem totalen Holzeinschlagverbot zugestimmt. In Papua darf zukünftig kein Holz mehr aus der Provinz ausgeführt werden. In Riau sollen keine Waldflächen mehr „umgewandelt“ werden. Der Gouverneur von Zentralkalimantan hat einen ähnlichen Schritt angekündigt. Die Zentralregierung in Jakarta hat außerdem landesweit die Umwandlung von Torfflächen verboten, nachdem der Präsident für 2009 eine Reduzierung der Kohlendioxidemissionen um 50 Prozent gefordert hat. Ob all diese Regelungen bereits geplante Projekte betreffen werden, bleibt abzuwarten. In Zentralkalimantan, dem Kernland der Orang Utans, sind 4,5 Millionen Hektar für Palmölplantagen anvisiert. In Papua und West-Papua sprechen Umweltorganisationen sogar von insgesamt sieben Millionen, offizielle Genehmigungen gibt es allerdings erst für rund 800.000 Hektar.

Im Mai dieses Jahres hat sich der Konsumgütergigant Unilever als erstes Unternehmen dem Aufruf von Greenpeace angeschlossen. In einem Moratorium mit der Umweltorganisation unterstützt der größte Palmölkäufer der Welt deren Bemühungen, jegliches weitere Abholzen von Regenwäldern für Palmölplantagen zu verhindern. Bis 2015 sollen hundert Prozent des von Unilever verwendeten Palmöls aus nachhaltigem, zertifiziertem Anbau kommen, bis 2012 immerhin schon 50 Prozent der für Europa bestimmten Produktion. „Palmöl ist ein wichtiger Rohstoff und wir verbrauchen einen beträchtlichen Teil davon. Daher wollen wir mit positivem Beispiel vorangehen, wie wir das bei Fischzucht und Teeanbau bereits getan haben“, sagt Jan Kees Vis, Direktor für nachhaltigen Anbau in der Lebensmittelsparte bei Unilever. „Dazu müssen wir dauerhaft mit Regierungen, Produzenten, Nichtregierungsorganisationen und Verbrauchern zusammenarbeiten und gemeinsame Kriterien für Nachhaltigkeit entwickeln. Und genau dafür bietet der RSPO die Möglichkeit.“

Vis, zugleich Präsident des RSPO, ist überzeugt, dass wegen Palmöl keine Wälder mehr abgeholzt werden müssen. Experten schätzen, dass der weltweite Bedarf an Palmöl in den nächsten 30 bis 40 Jahren von den jetzigen 38 auf rund 80 Millionen Tonnen ansteigen wird. Doch selbst dann, so rechnet der Manager vor, würden die bereits existierenden Palmölplantagen von insgesamt elf Millionen Hektar auf der ganzen Welt für die Produktion ausreichen – wenn der Anbau optimiert würde. Momentan erbringt eine Plantage durchschnittlich 3,5 Tonnen pro Hektar pro Jahr. Moderne Anbaumethoden und verbessertes Management könnten nach Meinung des RSPO-Präsidenten mindestens 6 bis höchstens 10 Tonnen pro Hektar pro Jahr einbringen. Selbst bei minimaler Optimierung also würde die Erschließung von weiteren zwei Millionen Hektar Plantagen weltweit vollkommen ausreichen, um den Bedarf der Zukunft zu decken. „Für neue Plantagen in dieser Größenordnung müssen wir sicherlich keine Regenwälder mehr zerstören, dafür gibt es genügend andere Flächen, die genutzt werden können“, so Jan Kees Vis.

Dennoch wird der RSPO seine Mitglieder nicht auffordern, auf eine Ausweitung der Plantagen sowie auf jeglichen Holzeinschlag zu verzichten. Die *Vereinigung Indonesische Palmölproduzenten* (GAPKI), die einen Großteil der Mitglieder des indonesischen RSPO stellt, protestierte vehement gegen ein nationales Moratorium, das die Umwandlung von Wäldern und Torfflächen in Plantagen verbieten würde.

Vis zeigt Verständnis. „Wäre ich ein Produzent und würde ständig in den Nachrichten von neuen Märkten hören, würde ich auch versuchen, mein Geschäft auszuweiten“, so der Unilever-Manager. „Doch als Präsident des RSPO kann ich nur warnen: Biokraftstoffe sind kein Markt, der aus einer wirtschaftlichen Nachfrage entstanden ist, sondern aus einer politischen Entscheidung, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Diese jedoch wird keinen Bestand haben, sollten dafür weitere Regenwälder zerstört werden. Den Bedarf für weitere 20 Millionen Hektar Plantagen sehe ich nicht – das ist ein großes geschäftliches Risiko.“

Die teilweisen Rückzieher bei den Quotenregelungen für Biokraftstoffe in mehreren EU-Staaten sowie die momentane Talfahrt des Palmölpreises beweisen das Risiko. Am direktesten sind davon die Kleinbauern betroffen, die im Zuge der Palmöleuphorie ihre Kautschuk- oder Kaffeeplantagen mit Ölpalmen bepflanzt haben und für immerhin 30 Prozent der landesweiten Produktion verantwortlich sein sollen. Der Regierung gehören lediglich zehn Prozent der Palmölplantagen. „Wenn in Europa und den USA Winter ist und wieder mehr geheizt wird, werden die Preise sich erholen“, hofft Mukti Sardjono vom Agrarministerium. Alexander Datuk, Dozent für Umweltpolitik an der Universität Indonesia in Jakarta, sieht dagegen in der Krise eine Chance: „Die momentane Situation wird den Ausbau der Plantagen verzögern, vielleicht werden einige Pläne sogar ganz verworfen. Das bietet dem RSPO und anderen Organisationen hoffentlich genügend Zeit, ein glaubwürdiges Zertifizierungssystem zu entwickeln und für einen nachhaltigen Anbau zu sorgen.“

Umweltgruppen kritisieren Zertifikat als „Greenwashing“ für eine zerstörerische Industrie

Viele Umweltorganisationen stehen einem Zertifikat für Palmöl allerdings weiterhin skeptisch gegenüber. Nach Ansicht von *Watch Indonesia!* bilden Nachhaltigkeit und Palmölmonokulturen, die eine Lebensspanne von nur 25 Jahren haben, einen Gegensatz in sich. Bustar Maitar von Greenpeace Indonesien fürchtet, dass die Zertifizierung einzelner Unternehmen nicht ausreicht, wenn sie zu einer internationalen Firmengruppe gehören: „Was nützt es, wenn ein Unternehmen in Malaysia bereits zertifiziert ist und gleichzeitig unter anderem Namen in Papua Wälder abholzt? Niemand kann überprüfen, wo das Palmöl herkam, nachdem es zusammengeschüttet wurde“, so der Aktivist. RSPO-Präsident Jan Kees Vis versichert allerdings, dass ein Unternehmen sein Zertifikat verlieren würde, sobald es die Nachhaltigkeitsbe-

stimmungen nicht einhält – auch wenn es an eine neue Plantage betrifft. Natürlich bedarf es dafür strenger Kontrollen. „Wir sind uns im Klaren darüber, dass wir die Zerstörung der Regenwälder nicht allein stoppen können. Nachhaltiges Palmöl für europäischen Biodiesel ändert nichts, wenn der größte Teil der Produktion, der nach Indien und China geht, nicht nachhaltig ist. Deswegen müssen wir den gesamten Sektor unter einen Hut bekommen und mit allen Beteiligten zusammenarbeiten. Vor allem von der indonesischen Regierung würde ich mir dabei noch mehr Unterstützung wünschen“, so Vis.

Das *World Rainforest Movement* fordert, dass ein glaubwürdiges Zertifikat von einer Organisation entwickelt werden müsse, die von Industrie und Regierung komplett unabhängig sei, damit es nicht zu einem Feigenblatt für das Palmölbusiness verkomme. „Der RSPO wird Europa und Nordamerika einen Weg bahnen, um ihren Bedarf an Agrokraftstoffen als nachhaltig zu erklären. Ein solches Zertifikat hilft einer zerstörerischen Industrie, sich selbst reinzuwa-

schen und verhindert die Entwicklung von dringend benötigten Strukturänderungen“, schreibt das Bulletin der Organisation in seiner Oktoberausgabe.

Diese Strukturänderungen werden seit langem gefordert – und zwar nicht nur von Vertretern der Umweltgruppen, sondern auch von Energieexperten. Ihr Rat: Statt das unsichere und umstrittene Biokraftstoffgeschäft auszubauen, das von anderen Ländern bestimmt wird, sollte die indonesische Regierung besser in den Ausbau anderer alternativer Energien investieren, die im Land zur Genüge vorhanden sind – nämlich Sonnenenergie, Windkraft und vor allem Erdwärme. Indonesien besitzt schätzungsweise 40 Prozent des weltweiten Potentials für geothermale Energie: Knapp 28.000 Megawatt könnte das Land mit den meisten aktiven Vulkanen der Welt allein aus Erdwärme gewinnen – das entspricht fast der gesamten Energiemenge, die Indonesien heute produziert. Genutzt werden davon bislang nur drei Prozent.

AnsprechpartnerInnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-7450, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Ingo Schafhausen, Tel.: 0228-883-7451, E-Mail: Ingo.Schafhausen@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-9211

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.